

EDITORIAL

Liebe Leser*innen,

feministische Wissenschaft und feministisches zivilgesellschaftliches Einstehen für eine gleichberechtigte, solidarische, offene und demokratische Gesellschaft sind wichtiger denn je, aber nicht einfacher geworden. Das zeigt sich nicht nur mit Blick auf Wahlergebnisse und Tagespolitik, sondern auch auf Policies. Die letzten Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg ebenso wie die Parlamentswahl in Österreich lassen keinen Zweifel mehr daran, dass wir es nicht nur mit einer Verstärkung rechtsextremer und im Kern faschistischer Parteien zu tun haben, sondern diese von Wahl zu Wahl an Zustimmung gewinnen. Zu ihrem Programm gehört auch ein dezidiertes Anti-Feminismus und Hetze gegen LGBTIQ*, was es für die aktuelle und zukünftige feministische Geschlechterpolitik nicht einfacher macht.

Unser aktuelles Heft widmet sich einem klassischen Feld feministischer Intervention: der Sozialpolitik. Selbst nach mehr als vier Jahrzehnten feministischer Analysen und Interventionen zum Sozialstaat ist dessen Vergeschlechtlichung ungebrochen. Normierungen, Normalisierungen und neue Ambivalenzen im Zusammenwirken von Familien-, Care- und Sozialpolitiken betreffen sowohl die geschlechtsspezifisch unterschiedlichen Auswirkungen sozialstaatlicher Maßnahmen, als auch die Art, wie Geschlecht in staatliche Institutionen eingeschrieben ist. Über die Verteilung von Rechten und Leistungsansprüchen entlang der Differenzkategorien Geschlecht, Klasse, Ethnie und Race bestehen Macht- und Ungleichheitsverhältnisse in den Gesellschaften fort und werden beständig modifiziert.

Die gleichzeitige Geltung verschiedener Leitideen wie etwa das Festhalten am Ernährermodell in Kombination mit einem in den letzten Jahren verstärkten Fokus auf die allgemeine Erwerbstätigkeit der Geschlechter führt zu divergenten, auch inkohärenten Policies. Die Folgen sind mitunter ambivalente, wenn nicht gar widersprüchliche Entwicklungen gewachsener Teilhabe und Autonomiegewinne für Frauen* einerseits und neuen Achsen geschlechtsbezogener Ungleichheiten innerhalb der Gruppe von Frauen* andererseits. Mit dem Schwerpunkt des Heftes richten wir einen kritischen Blick auf aktuelle sozialstaatliche Entwicklungen und deren Dynamiken und Phänomenen, die sich aus der Verwobenheit verschiedener Ungleichheitssysteme ergeben.

Sozialpolitische Themen der Care- und Familienpolitik prägen auch das Forum. Der Beitrag von Carolin Zieringer befasst sich mit dem radikaldemokratischen Aspekt des Widersprechens, der aus sorgetheoretischer Perspektive mit Blick auf die ungleiche Verteilung von Sorgearbeit entlang historisch gewachsener Unterdrückungsstrukturen und deren verkörperten Effekte neu gedacht wird. Elin Marie Kurtz und Isabelle Jasmin Schmitt widmen sich der rechtsautoritären völkischen Restrukturierung der Geschlechterverhältnisse durch die ungarische Verfassung. Sie zeigen auf,

wie durch die Betonung von Religion, Tradition, Ehe, Kindern, und ‚Magyarentum‘ in der Präambel die Verfassung völkisch-normativ gerahmt wird und sich in einer völkisch-chauvinistischen Sozialpolitik niederschlägt.

Die Tagespolitik beginnt mit einer sehr traurigen Nachricht. Marion Löffler und Birgit Sauer gedenken in ihrem Nachruf Professorin Dr. Eva Kreisky, einer bedeutenden Pionierin der deutschsprachigen feministischen Politikwissenschaft. Ihre Arbeiten zum Maskulinität des Staates und ihr Votum für die Verbindung zwischen akademischem Handeln und der Praxis von Frauenbewegungen haben viele in unserer Disziplin geprägt und inspiriert. Ein weiterer Beitrag setzt sich mit der Notwendigkeit nationaler, transnationaler und europäischer wohlfahrtspolitischer Debatten auseinander. Weitere Beiträge befassen sich mit der rechtlichen Regulierung von Kinderehen, die in der Bundesrepublik Deutschland nicht ohne populistischen Rückgriff auskommt, und den Hintergründen für die Nominierung einer palästinensischen und einer israelischen Frauenfriedensbewegung für den diesjährigen Friedensnobelpreis 2024.

Die Rubrik Lehre und Forschung problematisiert die wissenschafts- und gleichstellungsfeindliche Politik der Alternative für Deutschland (AfD), stellt die Frage zur Diskussion, ob es eines Max-Planck-Instituts für interdisziplinäre Geschlechterforschung bedarf, und zum Gender Bias bei der Wahrnehmung Künstlicher Intelligenz. Und wie immer gibt es am Ende aussagekräftige Besprechungen von vielen neuen und interessanten Büchern.

Wir wünschen eine anregende Lektüre in diesen finsternen Zeiten!

Ihre/Eure Redaktion

Vorschau auf die nächsten Hefte (Arbeitstitel)

1/2025 „It’s complicated!“ Geschichts- und Erinnerungspolitik in feministischer Perspektive

2/2025 Eine „Union der Gleichheit“? Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitiken der Europäischen Union